

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Teflon-Strategie

Die fünf Wirtschaftsweisen haben die Reformverweigerung der Bundesregierung und die Flutung der Finanzmärkte durch die EZB beanstandet. Die Sachverständigen im Klartext: „Statt sich auf den Erfolgen früherer Reformen wie der Agenda 2010 auszuruhen oder sie sogar zu verwässern, sollte die Politik notwendige Reformen entschlossen umsetzen“. Hier weist Deutschland für die laufende Legislaturperiode eine enttäuschende Bilanz aus. Das gegenwärtige Wirtschaftswachstum in der Eurozone sei vorrangig auf die außerordentlich expansive Geldpolitik der EZB zurückzuführen. Der Aufschwung sei nicht selbsttragend. Akuten Reformbedarf auf EU-Ebene sehen die Wirtschaftsweisen vor allem in der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. In der Klima-, Asyl- und Sicherheitspolitik sei eine stärkere Integration wünschenswert. Dagegen sollten die Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in nationaler Verantwortung bleiben. Die Bundeskanzlerin hat bei der Entgegennahme des Jahresgutachtens in gewohnter Teflon-Logik gekontert: „Für uns ist immer Zeit für Reformen.“

Kein Vertrauen

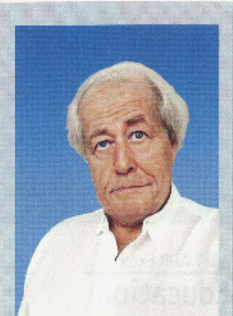
Nicht nur an Stammtischen wird immer häufiger über wachsende Politikverdrossenheit diskutiert, die das Vertrauen in staatliche und politische Institutionen aushöhle sowie die allgemeine Verweigerung oder den Zulauf zu radikalen Parteien fördere. Berufspolitiker neigen dazu, derartige Erscheinungen als ungerecht, undankbar oder populistisch zu emp-

finden. Welch erschreckende Distanz mittlerweile zwischen Regierten und Regierenden besteht, zeigt die kürzlich durchgeführte Umfrage „Generation What?“. Danach gaben 71 % der befragten deutschen Jugendlichen an, kein Vertrauen in die Politik zu haben. 27 % bezeichneten ihr Vertrauen als mehr oder weniger stark ausgeprägt. Nur 1 % gab vollständiges Vertrauen in die Politik zu Protokoll. Diese Ergebnisse sollten eigentlich bei Politikern jeglicher Couleur für schlaflose Nächte sorgen. Wenn aus Bürgersicht Skepsis und Ablehnung die politische Wirklichkeit bestimmen, ist Gefahr im Verzug für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie. Regierungen, die diese Realitäten leugnen, sollten sich – frei nach Brecht – ein anderes Volk suchen.

„Grandios gescheitert“

Wie ein Mahner in der Wüste wirkt oft der frühere ifo-Chef Hans-Werner Sinn. Sachlich begründete Ordnungsrufe wie die Kritik daran, dass der 1996 verabschiedete europäische Stabilitätspakt mittlerweile bereits 165 Mal ohne Sanktionen gebrochen worden ist, verhallen weitgehend resonanzlos auf dem kommunikativ inflationierten Forum der öffentlichen Wahrnehmung. In seinem neuen Buch „Der schwarze Juni“ setzt sich Sinn mit den Brexit-Folgen und der Euro-Rettungspolitik auseinander. Das Ausscheiden Großbritanniens werde die interventionistische, protektionistische und auf Transfer setzende Politik der Schuldenländer in der Union stärken. Frankreich könne dann mit den mediterranen Ländern durch-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

regieren. Letztlich werde Deutschland in eine Transferunion gezwungen. Nur zwei Tage vor der Brexit-Abstimmung habe sich das Bundesverfassungsgericht mit seinem OMT (Outright Monetary Transaction)-Urteil dem Europäischen Gerichtshof unterworfen. Sinn bewertet diese Entscheidung als „Freifahrtschein für eine Politik der Vergemeinschaftung der Haftung für Staatsschulden“. Nutznießer dieser Politik seien vor allem die kriselnden Südländer. Der Brexit und des BVerfG-Urteil verkörpert Entscheidungen „von historischer, ja epochaler Bedeutung“ für die Zukunft Deutschlands und Europas. Unter dem Strich sieht der Ökonom Europa in der größten Krise seit dem zweiten Weltkrieg und hält den Euro für „grandios gescheitert“.

Neue Agenda

Deutschland ist dabei, sein wirtschaftliches Erfolgsmodell zu verspielen. Die Lohnkosten steigen hierzulande seit fünf Jahren schneller als im EU-Schnitt, obwohl die Produktivität stagniert. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hat sich die Produktion in der deutschen Industrie, gemessen an den Lohnstückkosten, allein zwischen 2007 und 2014 um 13 % verteuert. Dabei sind die relativ starken Lohnsteigerungen der Jahre 2015 und 2016 infolge der hohen Tarifabschlüsse nicht einmal berücksich-

tigt. Auch bei der Entwicklung der Lohnnebenkosten (Kranken-, Renten und Arbeitslosenversicherungen) nimmt Deutschland einen unruhlichen Spitzenplatz ein. Die Abkoppelung der Lohnstückkosten von der Produktivität untergräbt die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort. Die Metall- und Elektroindustrie beklagt, dass die Löhne seit 2010 um 19 % gestiegen seien, die Produktivität aber nur um 5 %. In keinem anderen großen Industrieland sei die Arbeit so teuer wie in Deutschland. Derzeit überdeckt der schwache Euro noch die strukturellen Schwächen. Auf Sicht besteht jedoch die Gefahr, dass die Bundesrepublik zurückfällt in vergangene Zeiten. Das IW fordert in dem Zusammenhang eine neue wirtschaftspolitische Agenda mit einer steuerlichen Förderung von Forschungsausgaben, der Bindung von Lohnsteigerungen an die Produktivität und ein Einwanderungsgesetz, das dringend gesuchte Fachkräfte ins Land hole, nicht aber Einwanderer in die sozialen Sicherheitssysteme.

„Neu und interessant“

Auf einem Kongress kommentiert ein Referent den Beitrag seines Vorredners so: „Sie haben heute viel Neues und Interessantes vorgebracht. Aber das Interessante war nicht neu und das Neue nicht interessant ...“.